WP-4-130 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 130 bis 131 einfügen:
klare Standards für barrierefreien Wohnraum in die Landesbauordnung aufnehmen und für genügend rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen.

Wir stehen an der Seite von Mieter*innen, die Angst haben müssen, aus ihren Quartieren verdrängt zu werden. Deshalb werden wir auf allen Ebenen dafür eintreten, dass Kommunen das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung schneller, effektiver und rechtssicher einsetzen können, um effektiv gegen Luxussanierungen und andere mietentreibende Maßnahmen vorgehen können. Wir wollen alle Möglichkeiten im Rahmen der bundesgesetzlichen Regeln ausschöpfen, um Schlupflöcher bei der Mietpreisbremse zu stopfen und den Mietanstieg zu begrenzen. Dabei sehen wir die Mieterschutzvereine als wichtige Partner.

Begründung

Im ganzen Solidaritätskapitel (das übrigens nichtmal halb so lang ist wie das Umweltkapitel) werden Mieter*innen kein einziges Mal erwähnt. Bei allem Verständnis für den Wunsch nach einem kürzeren Wahlprogramm: Lasst uns nicht an der falschen Stelle mit Worten geizen!

Das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung (auch als "Milieuschutzsatzung" bekannt) ist einer der wenigen kommunalen Hebel, um Mietsteigerungen einzugrenzen. Die jetzige schwarz-gelbe Landesregierung hat dieses Instrument wieder eingeschränkt. Zudem klagen Kommunen darüber, dass die Umsetzung solcher Satzungen sehr lange dauert und mit Unsicherheiten verbunden ist. Dies hat sich durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 9. November nochmals verschärft, welches das Vorkaufsrecht von Kommunen in Frage stellt.

Deshalb müssen wir dringend das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung landesgesetzlich nachschärfen und im Bund auf eine Änderung des Bundesbaugesetzes drängen, um für mehr Rechtssicherheit zu sorgen.

Auch andere mögliche Hebel der Mietpreisbegrenzung werden nicht angesprochen, obwohl wir hier im Rahmen der bundesgesetzlichen Regelungen Ausgestaltungsspielräume nutzen sollten.

An anderer Stelle des Programms nennen wir zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen. Gut so! Warum nicht auch die wichtigen Mietervereine?

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Manfred Becker (KV Bonn); Peter Ruther (KV Köln); Irmgard Pehle (KV Herford); Thomas Ketelaer (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Monika Heiming (KV Wesel); Ursula Niermann (KV Coesfeld); Tanja Deiters (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)